

# FÜR DIE VOLLE DURCHSETZUNG DER 15%

**Ver.di in die Offensive!**

Die Verdi-Tarifkommission für den Tarifvertrag der Deutschen Post AG hat am 21. November als Ergebnis einer Mitgliederbefragung von 43.000 Verdi-Mitgliedern entschieden, in der ab Januar beginnenden Tarifrunde 15 Prozent mehr Lohn, 200 Euro mehr Gehalt für Auszubildende und dual Studierende und die Fortführung der Postzulage für verbeamtete Postbeschäftigte bei 12 Monaten Laufzeit zu fordern.

Die Forderungen sind in der Höhe das richtige Signal und zeigen die Unzufriedenheit, aber auch das Selbstbewusstsein unter Kolleg\*innen auf, für einen Erhalt ihrer Löhne einzutreten. Eine Festgeldforderung von mindestens 500 Euro wie in der Tarifrunde im Öffentlichen Dienst wäre jedoch besser gewesen, damit gerade die von der Inflation besonders betroffenen niedrigen Lohngruppen stärker angehoben werden. Bei einem Einstiegsgehalt eines Zustellers von rund 2500 Euro Brutto würde die volle Durchsetzung der Forderung etwas über 350 Euro brutto bedeuten. Umso wichtiger, nun einen ernsthaften Kampf für die möglichst volle Durchsetzung zu führen.

## **Arbeitsüberlastung und Personalmangel**

Die Arbeit bei der Deutschen Post ist schon lange ein Knochenjob. Zustellbezirke werden immer größer, die Paketmengen und der Zeitdruck nehmen immer weiter zu. Unter anderem stiegen zwischen 2019 bis 2021 die jährlichen Paketmengen von 1,4 Milliarden auf über 1,8 Milliarden Pakete an. Trotzdem wurden viel zu wenige neue Kolleg\*innen eingestellt, diese dann auch noch zu unsicheren Bedingungen wie Monats- oder Drei-Monatsverträgen. Viele neu eingestellte Kolleg\*innen bleiben aufgrund der miesen Arbeitsbedingungen und Löhne nicht lange bei der Deutschen Post. Massiv verschärft wurde der Personalmangel durch die Entlassung von tausenden befristet beschäftigten Kolleg\*innen im Frühjahr 2022, welche dann im Sommer und zur Weihnachtszeit fehlten.

Wir sagen: Der Personalmangel ist von der Geschäftsführung selbstverursacht! Eine möglichst

**Netzwerk**  
für eine kämpferische und demokratische



## **Kontakt:**

info@netzwerk-verdi.de  
www.netzwerk-verdi.de

volle Durchsetzung der 15 Prozent Lohnerhöhung sind der erste Schritt, um die Arbeit wieder attraktiver zu machen, neue Kolleg\*innen zu gewinnen und so die Arbeitsbelastungen zu reduzieren. Ein Manko der Tarifforderungen ist jedoch angesichts der systematischen Befristungspraxis das fehlende Aufwerfen der Forderung nach einer Begrenzung bis Abschaffung der Befristungen, mit der befristet beschäftigte Kolleg\*innen effektiver in den Kampf einbezogen werden könnten.

## **Rekordgewinne**

Im direkten Zusammenhang stehen die von den Beschäftigten erarbeiteten Gewinne der DP AG, welche 2018 bis 2021 von 3,2 Milliarden auf 8 Milliarden Euro anwachsen. Für 2022 wird sogar ein Gewinn von 8,4 Milliarden Euro prognostiziert - Gewinne, die über gnadenlose Einsparungen beim Personal und über Arbeitsintensivierung auf unserem Rücken erwirtschaftet wurden.

Die Konzernleitung denkt aber nicht daran, höhere Löhne zum Ausgleich der Inflation zu zahlen. Die Forderungen von Ver.di werden als „realitätsfern“ bezeichnet und in der ersten Verhandlungsrunde nicht mal ein Angebot vorgelegt, während sie noch 2022 2,2 Milliarden Euro Dividende an Aktionäre ausgeschüttet haben. Zum Vergleich: Eine Durchsetzung der vollen 15%-Lohnerhöhung würde im Paket- und Briefbereich nach Berechnung der Geschäftsleitung nur rund eine Milliarde Euro kosten und wäre angesichts der enormen Gewinne problemlos machbar.

## **Streikdemokratie**

Es ist klar, dass in der Tarifrunde harte Auseinandersetzungen und die Aufnahme von Streiks zur Durchsetzung der Lohnforderungen nötig sind. Umso wichtiger, nun die Kolleg\*innen hinter den Tarifforderungen zu sammeln und für einen gemeinsamen und geeinten Kampf zur möglichst vollen Durchsetzung der Lohnerhöhungen zu gewinnen.

Die Organisation des Streiks sollte ausgehend von den Aktiven vor Ort beginnen. Wenn es nur wenige Aktive in lokalen Betrieben gibt, müssen sie von Hauptamtlichen besondere Unterstützung erhalten. Für den Aufbau in den Betrieben schlagen wir regelmäßige Streikversammlungen vor, in der alle Streikenden zusammenkommen, über neue Entwicklungen informiert werden und gemeinsam diskutieren können. Hier könnten auch Streikdelegierte gewählt und lokal zusammengebracht werden, um gemeinsam zu beraten und die nächsten Aktionen zu beschließen. Als weiteren Schritt ist es sinnvoll, Delegierte aus der lokalen Ebene für eine bundesweite

Streikdelegiertenkonferenz zu wählen, die dann die bundesweite Streikstrategie diskutiert. Es muss insbesondere darüber diskutiert werden, wie in den Streikauseinandersetzungen mit Spaltungs- und Einschüchterungsversuchen durch die Geschäftsleitung vor allem gegenüber den befristet Beschäftigten umgegangen wird, die zum Ziel haben Kolleg\*innen von der Teilnahme an Streiks abzuhalten.

Nach der zweiten Verhandlungsrunde am 18. Januar muss eine Urabstimmung zur Aufnahme eines Erzwingungsstreiks durchgeführt werden. Während der Streiks darf es keinen Streikabbruch ohne Diskussion und Abstimmung in den Streikversammlungen geben. Das ist eine wichtige Lehre aus dem Post-Streik 2015, als Warnstreiks ohne Urabstimmung in einen mehrwöchigen unbefristeten Streik umgewandelt und ohne Abstimmung unter den Beschäftigten ergebnislos abgebrochen wurden. Die Folge war eine Austrittswelle und noch heute spürbare Distanz unter einer Schicht von Kolleg\*innen gegenüber Ver.di. Wenn Ver.di nun offensiv unter demokratischer Einbindung aller Kolleg\*innen in den Streik tritt und klar macht, dass ein ernsthafter Kampf um eine Durchsetzung der Forderungen geführt wird, dann können auch diese Kolleg\*innen für den Streik und Ver.di zurückgewonnen werden.

## **Deutsche Post rückverstaatlichen**

Die Ursache für die Misere der Deutschen Post hat System. Sie liegt in der Privatisierung und Umwandlung der Deutschen Post in einen Aktienkonzern in den 90er Jahren, mit der die Einführung kapitalistischer Profitlogik im Konzern Einzug gehalten hat. Seitdem wurde das Unternehmen systematisch auf Profit getrimmt. Doch die Arbeitsüberlastung, der Personalmangel und die steigenden Missstände in der Zustellung zeigen, dass ein gewinnorientierter Post-Konzern nicht in der Lage ist, dauerhaft gute Arbeitsbedingungen und eine qualitativ hochwertige Zustellung zu bieten.

Es ist ein Armutszeugnis, dass die Deutsche Post noch die besten Arbeitsbedingungen für Beschäftigte in der Branche bietet; Es zeigt, wie stark in der gesamten Brief- und Paketbranche Beschäftigte ausgebeutet werden. Doch gerade in den vergangenen Jahren hat sich in der Pandemie die „Systemrelevanz“ der Deutschen Post und anderer Post- und Paketunternehmen gezeigt. Wenn wir die Ausbeutung sowohl bei der Deutschen Post und in der restlichen Branche stoppen wollen, dann muss Ver.di politisch die Systemfrage aufwerfen und den Kampf für eine Rückverstaatlichung der Deutschen Post unter

demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten und Gewerkschaften verbunden mit der Wiedereinführung des staatlichen Postmonopols aufnehmen. Damit könnten die ausbeuterischsten Zustände bei der DP AG und in konkurrierenden Unternehmen abgeschafft werden und die Beschäftigten wären in der Lage, gute Arbeitsbedingungen und Zustellqualität dauerhaft zu sichern.

Zur Durchsetzung eines solchen kämpferischen Kurses müssen wir Kolleg\*innen als Gewerkschaftsbasis in Ver.di aktiv dafür eintreten und uns vernetzen. Wenn ihr unsere Vorschläge unterstützt, meldet Euch gerne unter [info@netzwerk-verdi.de](mailto:info@netzwerk-verdi.de).

## Gewerkschaftliche Solidarität aufbauen

Fast zeitgleich gehen auch der Öffentliche Dienst und Bahn in die Tarifaueinandersetzung. Auch sie sind „systemrelevant“ und auch diese Kolleg\*innen halten das öffentliche Leben am Laufen.

Gemeinsam koordinierte Demonstrationen und Streikaktionen können die potenzielle Kraft der Gewerkschaften bündeln und so eine starke Tarifbewegung gegen die Abwälzung der Inflation auf die arbeitende Bevölkerung aufbauen. Bisher haben die DGB-Gewerkschaften und der DGB kaum Vernetzungsarbeit in Tarifrunden geleistet, um Kämpfe zu verbinden. Doch jetzt sollte die Möglichkeit ergriffen werden, innerhalb aller DGB-Gewerkschaften systematisch in Betrieben anderer Branchen und auf örtlicher Ebene über die anstehenden Arbeitskämpfe zu informieren und Solidarität aus anderen Betrieben zu organisieren. Auch lokale Solidaritäts-Bündnisse wie „Genug Ist Genug“, die ebenfalls gegen die Preisexplosion aktiv sind, können dafür eine sehr gute Unterstützung sein.

## Streikwelle in Großbritannien

Seit dem Sommer 2022 befindet sich Großbritannien in einer lange nicht mehr gesehenen Streikwelle aufgrund der Preisexplosion. Es gibt große Streiks bei Bussen und Bahnen, bei der Müllabfuhr, der britischen Telekom und vielem mehr. In dem Kontext führen die britischen Postbeschäftigten seit Mai 2022 einen erbittert geführten Konflikt mit dem Management der privatisierten Royal Mail, in dessen Verlauf es bisher zu 18 Tagen Streiks unter Führung der zuständigen Gewerkschaft „Communication Workers Union“ (CWU) gekommen ist. Die Postbeschäftigten treten für einen Inflationsausgleich angesichts einer aktuellen Inflationsrate von rund 11 Prozent allein im Jahr 2022 ein.

Die Geschäftsführung bietet jedoch nur 5,5 Prozent mehr Lohn und hat während der Streiks mehr als 100 Gewerkschaftsvertreter\*innen suspendiert, weil sie Gewerkschaftsarbeit geleistet haben. Die Beteiligung an den Streikposten der CWU war jedoch größer denn je. Während der Urabstimmungen haben regelmäßig über 90% der Beschäftigten für die Aufnahme von Streiks gestimmt. Höhepunkt war eine landesweite Streikkundgebung am 09. Dezember in London, an der sich über 20.000 Beschäftigte beteiligt haben.

Die CWU hat ebenfalls mit weiteren Gewerkschaften wie der Bahngewerkschaft RMT über die Initiierung der „Enough is Enough“-Kampagne politisch gegen die Preissteigerungen gekämpft und damit die gesellschaftliche Debatte in Großbritannien in die richtige Richtung verschoben. Die regierende „Tories“-Partei steht unter massivem Druck aufgrund ihrer schonungslosen Politik für Konzerne und versucht nun mit Angriffen auf das Streikrecht die Macht der Gewerkschaften zu brechen. Doch in der Bevölkerung hat sich eine breite Unterstützung für die Streiks gefestigt, die mit den neuen Regierungsplänen nur weiter angefacht wird.

